

# Inhaltsübersicht

Vorwort . . . . .	VII
Inhaltsverzeichnis . . . . .	XIII
Abkürzungsverzeichnis . . . . .	XXVII
Teil 1: Einleitung . . . . .	1
§ 1 Einführung . . . . .	1
A. Öffentlichkeitsbeteiligung zwischen Beschleunigung, Akzeptanz und Digitalisierung . . . . .	1
B. Untersuchungsgegenstand . . . . .	2
C. Einordnung der Untersuchung in den Stand der Forschung . . . . .	3
D. Methodik . . . . .	5
E. Gang der Untersuchung . . . . .	6
Teil 2: Öffentlichkeitsbeteiligung im Planfeststellungsverfahren . . . . .	9
§ 2 Grundlagen und Ablauf der formellen Öffentlichkeitsbeteiligung . . . . .	10
A. Das Planfeststellungsverfahren als mehrpoliges Konfliktlösungsverfahren . . . . .	10
B. Planfeststellung im mehrstufigen Gesamtgefüge der Infrastrukturplanung . . . . .	12
C. Grundlagen des Planfeststellungsverfahrens . . . . .	14
D. Überblick über die Verfahrensschritte . . . . .	23
E. Verfahrensfehler . . . . .	40
§ 3 Verfahrensfunktionen und Verfahrensanforderungen der Öffentlichkeitsbeteiligung . . . . .	44
A. Spezifische Bedeutung von Verfahrensregelungen im Planfeststellungsverfahren . . . . .	45
B. Richtigkeitsgewährleistungs- und Informationstransferfunktion . . . . .	52
C. Rechtsschutzfunktion . . . . .	55
D. Akzeptanzfunktion . . . . .	60
E. Legitimationsfunktion . . . . .	63

<i>§ 4 Ziele digitaler Öffentlichkeitsbeteiligung</i> . . . . .	66
A. Allgemeine Zielsetzungen der Verwaltungsdigitalisierung . . . . .	67
B. Bürger*innenfreundlichere Verwaltung . . . . .	77
C. Effektivität der Aufgabenerfüllung . . . . .	82
D. Effizienz der Aufgabenerfüllung . . . . .	85
E. Fazit: Ziele und Zielkonflikte digitaler Öffentlichkeitsbeteiligung . . .	93
<b>Teil 3: Rechtlicher Rahmen der Digitalisierung von Öffentlichkeitsbeteiligung . . . . .</b>	<b>97</b>
<i>§ 5 Zulässigkeit rein digitaler Verfahrensgestaltungen („Digital Only“) in der Öffentlichkeitsbeteiligung . . . . .</i>	<i>97</i>
A. Phänomen Digitale Spaltung („Digital Divide“) . . . . .	98
B. Rechtliche Beurteilung von rein digitalen Zugangswegen . . . . .	99
C. Fazit: Anforderungen an Zugangswege zur Verwaltung aus höherrangigem Recht . . . . .	129
<i>§ 6 Föderale Kompetenzordnung als Herausforderung für die Digitalisierung von Öffentlichkeitsbeteiligung . . . . .</i>	<i>131</i>
A. Zuständigkeits- und Kompetenzordnung unter dem Transformationsdruck der Digitalisierung . . . . .	132
B. Regelungsmöglichkeiten des Bundes zur Einwirkung auf die digitale Verfahrensgestaltung . . . . .	134
C. Erkennbarkeit von Entscheidungsverantwortung in elektronischen Portalen . . . . .	152
D. Fazit: Regelungsoptionen des Bundesgesetzgebers im Zusammenhang mit digitaler Öffentlichkeitsbeteiligung . . . . .	154
<i>§ 7 Ausgewählte datenschutzrechtliche Anforderungen . . . . .</i>	<i>156</i>
A. Öffentlichkeitsbeteiligung als Verarbeitung personenbezogener Daten	158
B. Rechtmäßigkeitsvoraussetzungen der Datenverarbeitung . . . . .	160
<b>Teil 4: Eingang digitaler Formate in die Infrastrukturplanungsverfahren . . . . .</b>	<b>165</b>
<i>§ 8 Digitalisierungsgesetzgebung vor der COVID-19-Pandemie . . . . .</i>	<i>165</i>
A. Reformen der Öffentlichkeitsbeteiligung und die dortige Rolle digitaler Elemente . . . . .	165
B. Onlinezugangsgesetz und E-Government-Gesetz . . . . .	168

<i>§ 9 Neue Gesetzgebungs dynamiken seit dem Jahr 2020 . . . . .</i>	170
A. Planungssicherstellungsgesetz . . . . .	171
B. Digitalisierungspaket 2023 . . . . .	174
<b>Teil 5: Digitale Öffentlichkeitsbeteiligung de lege lata und de lege ferenda . . . . .</b>	<b>179</b>
<i>§ 10 Die Information der Öffentlichkeit über das Vorhaben . . . . .</i>	180
A. Internetbekanntmachung und -auslegung . . . . .	181
B. Implementierung von Chatbots in der Öffentlichkeitsbeteiligung . . .	220
C. Verständliche Informationsvermittlung mithilfe von digitalen Planungsmodellierungen (Visualisierungen) . . . . .	235
<i>§ 11 Einreichung der Einwendungen und Stellungnahmen . . . . .</i>	262
A. Möglichkeiten digitaler Einwendungserhebung . . . . .	263
B. Formenwahl der Bürger*innen bei der Einwendungserhebung . . .	277
<i>§ 12 Erörterungsverfahren . . . . .</i>	285
A. Bekanntmachung des Erörterungstermins . . . . .	286
B. Der digitale Erörterungstermin . . . . .	290
C. Digitale Mitverfolgungsmöglichkeiten des Erörterungsverfahrens . .	314
<i>§ 13 Realisierungsmöglichkeiten digitaler Öffentlichkeitsbeteiligung über ein einheitliches Planungsportal . . . . .</i>	357
A. Effektuierung digitaler Öffentlichkeitsbeteiligung durch eine einheitliche Portallösung . . . . .	357
B. Rechtliche Realisierungsmöglichkeiten eines einheitlichen Planungsportals . . . . .	364
C. Fazit: Perspektivische Realisierungsmöglichkeiten digitaler Öffentlichkeitsbeteiligung über ein einheitliches Planungsportal . . . .	374
<b>Teil 6: Schluss . . . . .</b>	<b>375</b>
<i>§ 14 Zusammenfassung und Fazit . . . . .</i>	375
A. Problemkreise digitaler Öffentlichkeitsbeteiligung . . . . .	375
B. Vorgeschlagene Gesetzesänderungen . . . . .	394
C. Fazit und Ausblick . . . . .	397
<b>Literaturverzeichnis . . . . .</b>	<b>403</b>
<b>Sachverzeichnis . . . . .</b>	<b>429</b>

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort . . . . .	VII
Inhaltsübersicht . . . . .	IX
Abkürzungsverzeichnis . . . . .	XXVII
Teil 1: Einleitung . . . . .	1
<i>§ 1 Einführung</i> . . . . .	1
A. Öffentlichkeitsbeteiligung zwischen Beschleunigung, Akzeptanz und Digitalisierung . . . . .	1
B. Untersuchungsgegenstand . . . . .	2
C. Einordnung der Untersuchung in den Stand der Forschung . . . . .	3
D. Methodik . . . . .	5
E. Gang der Untersuchung . . . . .	6
Teil 2: Öffentlichkeitsbeteiligung im Planfeststellungsverfahren	9
<i>§ 2 Grundlagen und Ablauf der formellen Öffentlichkeitsbeteiligung</i> . . .	10
A. Das Planfeststellungsverfahren als mehrpoliges Konfliktlösungsverfahren . . . . .	10
B. Planfeststellung im mehrstufigen Gesamtgefüge der Infrastrukturplanung . . . . .	12
C. Grundlagen des Planfeststellungsverfahrens . . . . .	14
I. Planfeststellungspflichtigkeit eines Vorhabens . . . . .	15
1. Planfeststellungsvorbehalt . . . . .	15
2. Abgrenzung zur Plangenehmigung . . . . .	16
3. Entfallen bei unwesentlicher Bedeutung . . . . .	16
II. Behördliche Zuständigkeiten: Anhörungs- und Planfeststellungsbehörden . . . . .	16
III. Materiell-rechtliche Anforderungen an den Planfeststellungsbeschluss . . . . .	18
1. Planrechtfertigung . . . . .	18
2. Zwingende Rechtsvorschriften . . . . .	19
3. Planerische Abwägung . . . . .	19

IV. Rechtswirkungen des Planfeststellungsbeschlusses . . . . .	20
1. Genehmigungswirkung . . . . .	21
2. Konzentrationswirkung . . . . .	21
3. Gestaltungswirkung . . . . .	21
4. Ausschluss- und Duldungswirkung . . . . .	22
5. Enteignungsrechtliche Vorwirkung . . . . .	22
D. Überblick über die Verfahrensschritte . . . . .	23
I. Vorgelagert: Die frühe Öffentlichkeitsbeteiligung . . . . .	24
II. Antragseinreichung . . . . .	27
III. Behördenbeteiligung . . . . .	30
IV. Planbekanntmachung und Planauslegung . . . . .	30
1. Bekanntmachung . . . . .	31
2. Auslegung . . . . .	32
V. Einwendungs- und Stellungnahmeverfahren . . . . .	33
1. Einwendungsberechtigte . . . . .	34
a) Planbetroffene . . . . .	34
b) Umwelt- und Naturschutzverbände . . . . .	35
2. Inhalt der Einwendungen . . . . .	36
3. Form und Frist der Einwendungen . . . . .	36
4. Präklusionsregelungen . . . . .	37
VI. Erörterung . . . . .	38
VII. Stellungnahme der Anhörungsbehörde und Planfeststellungsbeschluss . . . . .	39
E. Verfahrensfehler . . . . .	40
I. Heilung von Verfahrens- und Formfehlern, § 45 VwVfG . . .	40
II. Unbeachtlichkeit von Verfahrens- und Formfehlern, § 46 VwVfG	41
III. Planergänzung und ergänzendes Verfahren . . . . .	43
<i>§ 3 Verfahrensfunktionen und Verfahrensanforderungen der Öffentlichkeitsbeteiligung . . . . .</i>	44
A. Spezifische Bedeutung von Verfahrensregelungen im Planfeststellungsverfahren . . . . .	45
I. Beschränkte materielle Determination der Planfeststellungsentscheidung . . . . .	46
II. Reduzierte gerichtliche Kontrolldichte . . . . .	48
1. Zugang zu Rechtsschutz . . . . .	48
2. Überprüfung von Verfahrensfehlern . . . . .	49
3. Beschränkung der materiellen Kontrolle . . . . .	50
III. Kompensationsfunktion des Planfeststellungsverfahrens . . .	51
B. Richtigkeitsgewährleistungs- und Informationstransferfunktion . . .	52

I. Herstellung einer recht- und zweckmäßigen Planfeststellungsentscheidung . . . . .	52
II. Transparenz und Kontrolle der Planfeststellung . . . . .	54
C. Rechtsschutzfunktion . . . . .	55
I. Grundrechtsschutz durch Verfahren . . . . .	55
II. Vorgezogener Rechtsschutz . . . . .	59
D. Akzeptanzfunktion . . . . .	60
I. Akzeptanz als Rechtsziel . . . . .	60
II. Verfahrenstransparenz und Deliberation . . . . .	62
E. Legitimationsfunktion . . . . .	63
<i>§ 4 Ziele digitaler Öffentlichkeitsbeteiligung</i> . . . . .	66
A. Allgemeine Zielsetzungen der Verwaltungsdigitalisierung . . . . .	67
I. Digitalisierung als Optimierungsinstrument . . . . .	67
II. Digitalisierungspflichten . . . . .	72
1. Verfassungsauftrag Verwaltungsdigitalisierung . . . . .	72
2. Pflicht zur Verwaltungsdigitalisierung aus § 1a Abs. 1 S. 1 OZG	76
B. Bürger*innenfreundlichere Verwaltung . . . . .	77
I. Grundpfeiler bürger*innenfreundlicherer digitaler Verwaltungsangebote . . . . .	77
II. Bürger*innenfreundlichkeit im Planfeststellungsverfahren: Informationsasymmetrien und Transparenz des Entscheidungsprozesses . . . . .	79
C. Effektivität der Aufgabenerfüllung . . . . .	82
I. Effektivitätssteigerungen als Ziel der Digitalisierungsprozesse . .	82
II. Effektivere Verwirklichung der Funktionen der Öffentlichkeitsbeteiligung durch Digitalisierung . . . . .	83
1. Effektivität der Rechtsschutzfunktion durch einfacheres Erfassen eigener Rechtsbetroffenheit . . . . .	83
2. Effektivität der Informationsfunktion durch Qualitätssteigerungen der Stellungnahmen und Einwendungen	84
3. Effektivität der Akzeptanzfunktion durch Reduktion von Informationsasymmetrien . . . . .	85
D. Effizienz der Aufgabenerfüllung . . . . .	85
I. Effizientes Verwaltungshandeln als legitimes Ziel von Digitalisierungsprozessen . . . . .	86
II. Verwaltungseffizienz im Planfeststellungsverfahren: Medienbruchfreiheit des Beteiligungsverfahrens und Vermeidung von Parallelstrukturen . . . . .	90
E. Fazit: Ziele und Zielkonflikte digitaler Öffentlichkeitsbeteiligung . . .	93

Teil 3: Rechtlicher Rahmen der Digitalisierung von Öffentlichkeitsbeteiligung . . . . .	97
<i>§ 5 Zulässigkeit rein digitaler Verfahrensgestaltungen („Digital Only“)     in der Öffentlichkeitsbeteiligung . . . . .</i>	97
A. Phänomen Digitale Spaltung („Digital Divide“) . . . . .	98
B. Rechtliche Beurteilung von rein digitalen Zugangswegen . . . . .	99
I. Verfassungsrecht . . . . .	100
1. Grundrecht medialer Selbstbestimmung? . . . . .	101
2. Betroffene Freiheitsrechte . . . . .	102
a) Grundrechte des Vorhabenträgers . . . . .	103
b) Grundrechte der Planungsbetroffenen . . . . .	106
aa) Bloßer Unwille zur Nutzung digitaler Kommunikationswege . . . . .	107
bb) Mangelnde Fähigkeiten zur Nutzung digitaler Informations- und Kommunikationswege . . . . .	107
c) Grundrechte der Umwelt- und Naturschutzverbände . . . . .	113
d) Grundrechte der allgemeinen Öffentlichkeit zugehörigen Personen . . . . .	114
3. Effektiver Zugang zur Verwaltung . . . . .	114
4. Allgemeiner Gleichheitssatz . . . . .	116
5. Spezielle landesverfassungsrechtliche Regelungen . . . . .	118
II. Völker- und Europarecht . . . . .	119
1. Aarhus-Konvention . . . . .	119
a) Anforderungen an die Informationswege der Verwaltung . .	120
b) Anforderungen an Kommunikationswege der Öffentlichkeit	122
2. UVP-Richtlinie 2011/92/EU . . . . .	123
a) Unklare Vorgaben hinsichtlich der Bekanntmachung nach Art. 6 Abs. 2 UVP-Richtlinie . . . . .	123
b) Vorgaben für die Auslegung und Einwendungserhebung nach Art. 6 Abs. 3, Abs. 4 UVP-Richtlinie . . . . .	128
C. Fazit: Anforderungen an Zugangswege zur Verwaltung aus höherrangigem Recht . . . . .	129
<i>§ 6 Föderale Kompetenzordnung als Herausforderung für die     Digitalisierung von Öffentlichkeitsbeteiligung . . . . .</i>	131
A. Zuständigkeits- und Kompetenzordnung unter dem Transformationsdruck der Digitalisierung . . . . .	132
B. Regelungsmöglichkeiten des Bundes zur Einwirkung auf die digitale Verfahrensgestaltung . . . . .	134

I.	Anordnung digitaler Verfahrensformate: Kompetenzverteilung für das Verfahrensrecht nach Art. 83 ff. GG . . . . .	135
1.	Planfeststellungsverfahren, die durch Bundesbehörden in Ausführung von Bundesrecht erfolgen . . . . .	135
2.	Planfeststellungsverfahren, die durch Landesbehörden in Ausführung von Landesrecht erfolgen . . . . .	136
3.	Planfeststellungsverfahren, die durch Landesbehörden in Ausführung von Bundesrecht erfolgen . . . . .	136
a)	Verfahrensregelungen des Bundes nach Art. 84 Abs. 1 GG im Fall der Ausführung in eigener Angelegenheit . . . . .	137
aa)	Regelungsbefugnis des Bundes für Verfahrensvorgaben .	137
bb)	Abweichungsmöglichkeiten der Länder . . . . .	138
b)	Verfahrensregelungen auf Grundlage von Art. 85 GG für Auftragsverwaltungskonstellationen . . . . .	139
4.	Einfachgesetzliche Umsetzung der Kompetenzverteilung für Verfahrensrecht . . . . .	140
a)	Vorrangverhältnis des Fachplanungsrechts zum VwVfG und den LVwVfGen . . . . .	140
b)	Vorrangverhältnis zwischen dem EGovG und dem VwVfG, den LVwVfGen und dem Fachplanungsrecht . . . . .	142
c)	Verhältnis des VwVfG zu den LVwVfGen . . . . .	142
II.	Regelung der technischen Parameter der Verfahrensgestaltungen . . . . .	142
1.	Vorgaben technischer Natur über Art. 84 f. GG . . . . .	143
2.	Freiwillige Kooperationsmöglichkeiten . . . . .	144
a)	Begrenzungen allgemeiner IT-Kooperation durch den Grundsatz eigenverantwortlicher Aufgabenwahrnehmung .	144
b)	Bund-Länder-Kooperationen nach Art. 91c Abs. 1, Abs. 2 GG .	147
3.	Obligatorische IT-Vorgaben des Bundes nach Art. 91c Abs. 5 GG .	149
C.	Erkennbarkeit von Entscheidungsverantwortung in elektronischen Portalen . . . . .	152
D.	Fazit: Regelungsoptionen des Bundesgesetzgebers im Zusammenhang mit digitaler Öffentlichkeitsbeteiligung . . . . .	154
<i>§ 7 Ausgewählte datenschutzrechtliche Anforderungen . . . . .</i>		156
A.	Öffentlichkeitsbeteiligung als Verarbeitung personenbezogener Daten . . . . .	158
B.	Rechtmäßigkeitsvoraussetzungen der Datenverarbeitung . . . . .	160
I.	Zulässigkeit der Datenverarbeitung nach Art. 6 Abs. 1 UAbs. 1 DSGVO . . . . .	161
II.	Zweckbindung, Art. 5 Abs. 1 lit. b DSGVO . . . . .	163

<b>Teil 4: Eingang digitaler Formate in die Infrastrukturplanungsverfahren . . . . .</b>	<b>165</b>
<i>§ 8 Digitalisierungsgesetzgebung vor der COVID-19-Pandemie . . . . .</i>	165
A. Reformen der Öffentlichkeitsbeteiligung und die dortige Rolle digitaler Elemente . . . . .	165
B. Onlinezugangsgesetz und E-Government-Gesetz . . . . .	168
<i>§ 9 Neue Gesetzgebungs dynamiken seit dem Jahr 2020 . . . . .</i>	170
A. Planungssicherstellungsgesetz . . . . .	171
I. Kontextualisierung und Zielsetzung . . . . .	171
II. Überblick über die Instrumente des PlanSiG . . . . .	172
III. Ergebnisse der Evaluation . . . . .	173
B. Digitalisierungspaket 2023 . . . . .	174
I. Fünftes Gesetz zur Änderung verwaltungsverfahrensrechtlicher Vorschriften (5. VwVfGÄndG) . . . . .	175
II. Gesetz zur Beschleunigung von Genehmigungsverfahren im Verkehrsbereich: Fachgesetzliche Änderungen in FStrG, AEG und WaStrG . . . . .	176
<b>Teil 5: Digitale Öffentlichkeitsbeteiligung de lege lata und de lege ferenda . . . . .</b>	<b>179</b>
<i>§ 10 Die Information der Öffentlichkeit über das Vorhaben . . . . .</i>	180
A. Internetbekanntmachung und -auslegung . . . . .	181
I. Die Bekanntmachung der Planauslegung . . . . .	181
1. Digitale Durchführungsformen: Gegenwärtige Rechtslage . . . . .	181
a) Bereichsspezifische Regelungen einzelner Infrastrukturbereiche . . . . .	182
b) Allgemeine Bekanntmachungsform für planfeststellungspflichtige Vorhaben nach VwVfG . . . . .	183
aa) Rückblick: Parallele analoge Bekanntmachung nach § 73 Abs. 5 VwVfG i. V. m. ergänzend digitaler Bekanntmachung nach § 27a VwVfG a. F. . . . .	183
bb) Digitale Bekanntmachung mit analogen Ergänzungsformaten nach § 2 Abs. 1 PlanSiG . . . . .	185
cc) Neuregelung 2023: Parallele digitale und analoge Bekanntmachung nach § 73 Abs. 5 VwVfG i. V. m. § 27a VwVfG n. F. . . . .	186

dd) Bewertung der Neuregelung der Bekanntmachungsform nach § 73 Abs. 5 VwVfG i. V. m. § 27a VwVfG n. F. . . . .	187
c) Die zusätzliche Bekanntmachung über das UVP-Portal . . . . .	189
2. Möglichkeiten einer rein digitalen Bekanntmachung	
de lege ferenda . . . . .	191
a) Untauglichkeit von Härtefallklauseln im Rahmen der Bekanntmachung . . . . .	192
b) Erhebliche Belastungen der Betroffenen bei rein digitaler Bekanntmachung . . . . .	192
c) Begrenzte Effizienzpotenziale der Verwaltung . . . . .	193
d) Zwischenfazit: Unverhältnismäßigkeit rein digitaler Bekanntmachungsregelungen . . . . .	194
e) Konsequenzen für die Anwendung von § 15 EGovG (elektronische Verkündigungsblätter) bei der Bekanntmachung	194
f) Ausblick . . . . .	196
II. Die Auslegung des Plans . . . . .	198
1. Digitale Durchführungsformen: Gegenwärtige Rechtslage . . . . .	198
a) Parallele digitale und analoge Auslegung nach dem Modell des VwVfG . . . . .	198
aa) Auslegungsmodalitäten des VwVfG vor dem Digitalisierungspaket 2023 . . . . .	198
bb) Impulse durch § 3 PlanSiG . . . . .	199
cc) Auslegungsmodalitäten nach § 73 Abs. 3 i. V. m. § 27b VwVfG n. F. . . . .	200
b) Modelle rein digitaler Auslegung mit bedarfsabhängigen anderen Zugangsmöglichkeiten nach NABEG, EnWG, AEG, FStrG und WaStrG . . . . .	202
2. Möglichkeiten einer rein digitalen Auslegung de lege ferenda	203
a) Zulässigkeit rein digitaler Internetauslegung . . . . .	204
b) Vermeidung unbilliger Härten im Einzelfall durch Härtefallklauseln mit materiellen Tatbestandsvoraussetzungen	206
c) Gestaltung von Härtefallregelungen bei rein digitaler Auslegung: Alternative Informationsmedien . . . . .	209
3. Schutz von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen im Rahmen der Internetauslegung . . . . .	211
a) Schutz von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen im Planfeststellungsverfahren . . . . .	212
b) Auswirkungen der spezifischen Gefahren digitaler Auslegung auf den Betriebs- und Geschäftsgeheimnisschutz . . . . .	214

III. Authentizität und Unveränderlichkeit des elektronischen Dokuments . . . . .	216
IV. Fazit: Verhältnis analoger und digitaler Bekanntmachung und Auslegung <i>de lege ferenda</i> . . . . .	218
B. Implementierung von Chatbots in der Öffentlichkeitsbeteiligung . . . . .	220
I. Chatbots im Planfeststellungsverfahren: Wichtiges Element bürger*innenfreundlicher und effizienter Verwaltung . . . . .	221
II. Rechtliche Anforderungen an Chatbots in der Öffentlichkeitsbeteiligung . . . . .	222
1. Erfordernis einer gesetzlichen Regelung für den Chatboteinsatz	223
a) Grundrechtlich vermittelter Gesetzesvorbehalt . . . . .	223
b) Wesentlichkeitsgrundsatz . . . . .	224
c) Rechtspolitisches Flexibilitätsbedürfnis . . . . .	224
2. Transparenzanforderungen aus der europäischen KI-Verordnung (EU) 2024/1689 . . . . .	225
III. Auswirkungen fehlerhafter Chatbotinformationen auf das Verfahren . . . . .	227
1. Anknüpfung an die Rechtsprechung zur ergänzenden Internetauslegung . . . . .	228
2. Anknüpfung an den Umgang mit fehlerhaften Verwaltungsauskünften nach § 25 Abs. 1 S. 2 VwVfG . . . .	229
3. Rechtsdogmatische und rechtspolitische Gegenüberstellung der Anknüpfungspunkte . . . . .	232
4. Kompensation fehlender Rechtsfolgen durch Technikgestaltung und Erwartungsmanagement . . . . .	233
IV. Fazit: Chatbotimplementierung <i>de lege ferenda</i> . . . . .	234
C. Verständliche Informationsvermittlung mithilfe von digitalen Planungsmodellierungen (Visualisierungen) . . . . .	235
I. Abbau von Informationsasymmetrien durch neue Darstellungsformen . . . . .	236
1. Potenziale des Einsatzes von Visualisierungen im Planfeststellungsverfahren . . . . .	237
2. Technische Gestaltungsvarianten von Visualisierungen . . . .	238
3. Status quo des Einsatzes von Visualisierungen in Planungsverfahren . . . . .	240
II. Implementierung von Visualisierungen durch Rechtsregelungen	242
1. Formalisierung des Einsatzes von Visualisierungen . . . . .	243
a) Formalisierte versus informale Verfahrenselemente . . . . .	243
b) Operative Verantwortung des Vorhabenträgers . . . . .	245

c) Zulässigkeit einer Rechtspflicht zur Erstellung von Visualisierungen durch den Vorhabenträger . . . . .	247
2. Qualitätssicherung und Vollzug . . . . .	250
a) Richtigkeitsgewähr und Eindämmung von Manipulationsrisiken . . . . .	251
b) Vollzugsherausforderungen . . . . .	253
3. Phasenadäquate Visualisierungspflichten und Integration von Visualisierungen in die Planungsauslegung . . . . .	254
III. Verfahrensfolgen fehlerhafter Visualisierungen . . . . .	256
1. Heilungsmöglichkeiten . . . . .	257
2. Unbeachtlichkeit . . . . .	257
3. Planergänzung und ergänzendes Verfahren . . . . .	259
4. Zwischenfazit: Einzelfallabhängige Verfahrensfehlerfolgen und Disziplinierungswirkung des Fehlerrisikos . . . . .	259
IV. Fazit: Verständliche Informationsvermittlung durch Visualisierungen <i>de lege ferenda</i> . . . . .	260
<i>§ 11 Einreichung der Einwendungen und Stellungnahmen</i> . . . . .	262
A. Möglichkeiten digitaler Einwendungserhebung . . . . .	263
I. Formanforderungen der Einwendungserhebung . . . . .	263
1. Schriftformerfordernis und digitale Ersetzungsformen nach § 3a Abs. 2, Abs. 3 VwVfG . . . . .	263
a) Grundsatz: Verkörpertes Dokument mit eigenhändiger Unterschrift . . . . .	263
b) Qualifizierte elektronische Signatur . . . . .	264
c) Elektronisches Formular mit elektronischem Identitätsnachweis . . . . .	265
d) De-Mail . . . . .	265
e) Identifizierung über ein Nutzerkonto und Abgabe einer Erklärung mittels Online-Formular über ein Verwaltungsportal nach § 9a OZG . . . . .	266
2. Praktische Probleme der Handhabung elektronischer Ersetzungsformen nach § 3a Abs. 2, Abs. 3 VwVfG . . . . .	267
3. Ermöglichung der Einwendungserhebung „schriftlich oder elektronisch“ <i>de lege lata</i> in einzelnen Infrastrukturbereichen	268
II. Sachgerechtigkeit einfacher elektronischer Einwendungsmöglichkeiten . . . . .	269
1. Gründe für die Zurückhaltung hinsichtlich der Verwendung einfacher elektronischer Formen: Funktionen der Schriftform im Planfeststellungsverfahren . . . . .	269

2. Einwendungserhebung durch einfache elektronische Formen: Ein sachgerechter Interessenausgleich? . . . . .	271
a) Defizite der E-Mail hinsichtlich der Schriftformfunktionen bei der Einwendungserhebung . . . . .	272
aa) Identitätsfunktion . . . . .	272
bb) Beweisfunktion . . . . .	274
cc) Formerfordernis als psychologische Hemmschwelle für Falschangaben . . . . .	274
b) Andere einfache elektronische Formen als die E-Mail . . . . .	275
III. Fazit: Einwendungserhebung „schriftlich oder elektronisch“ de lege ferenda . . . . .	275
B. Formenwahl der Bürger*innen bei der Einwendungserhebung . . . . .	277
I. Effizienzeinbußen durch Formenwahlfreiheit der Einwender*innen . . . . .	277
II. Ausgestaltungsmöglichkeiten de lege ferenda . . . . .	279
1. Zulässigkeit der Vorgabe rein digitaler Einwendungserhebung . . . . .	279
a) Verhältnismäßigkeit ausschließlich digitaler Einwendungserhebung . . . . .	280
b) Gestaltung von Härtefallregelungen für die Einwendungserhebung . . . . .	281
2. Technisches Gestaltungsermessen der Behörde . . . . .	283
III. Fazit: Mögliche Beschränkungen der Einwendungsformen . . . . .	284
<i>§ 12 Erörterungsverfahren</i> . . . . .	285
A. Bekanntmachung des Erörterungstermins . . . . .	286
I. Bekanntmachung des Erörterungstermins de lege lata . . . . .	286
II. Digitale Bekanntmachung des Erörterungstermins de lege ferenda . . . . .	288
B. Der digitale Erörterungstermin . . . . .	290
I. Bedeutung und Anforderungen des Erörterungstermins: „Herzstück“ der Öffentlichkeitsbeteiligung? . . . . .	291
1. Funktionen des Erörterungstermins . . . . .	291
2. Kritik an der praktischen Umsetzung des tradierten physischen Erörterungstermins . . . . .	292
3. Anforderungen an den Erörterungstermin aus höherrangigem Recht und Konsequenzen für digitale Ersetzungsformen . . . . .	293
II. Digitale Durchführungsformen des Erörterungstermins . . . . .	295
1. Die Onlinekonsultation . . . . .	296
2. Videokonferenzen . . . . .	299
III. Ersetzung des Erörterungstermins durch digitale Formate? . . . . .	300
1. Kommunikatives Setting: Mündlichkeit und Unmittelbarkeit .	301

2. Fehlender Raum für Vernetzung und Protest bei digitalen Formaten . . . . .	302
3. Teilnehmer*innenzusammensetzung . . . . .	303
4. Qualität der Äußerungen . . . . .	304
5. Kosten- und Aufwandsersparnisse der Verwaltung . . . . .	306
6. Fehleranfälligkeit . . . . .	306
7. Fazit: Auswahlkriterien für das Erörterungsformat . . . . .	307
<b>IV. Ausgestaltungsmöglichkeiten und -empfehlungen . . . . .</b>	<b>309</b>
1. Der physische Erörterungstermin als Grundfall und Soll-Bestimmung . . . . .	309
2. Ermöglichung von Kombinationslösungen . . . . .	310
3. Optimierung von Videokonferenz und Onlinekonsultation de lege ferenda . . . . .	312
4. Regelungsvorschlag . . . . .	313
<b>C. Digitale Mitverfolgungsmöglichkeiten des Erörterungsverfahrens . . . . .</b>	<b>314</b>
I. Effektuierung der Öffentlichkeitsbeteiligung durch erweiterte Mitverfolgungsmöglichkeiten im Erörterungsverfahren . . . . .	315
II. Einsehbarkeit erhobener Einwendungen und Stellungnahmen . . . . .	319
1. Datenschutzrechtliche Zulässigkeit . . . . .	321
a) Zulässigkeitstatbestand nach Art. 6 Abs. 1 UAbs. 1 DSGVO für die Veröffentlichung . . . . .	322
aa) Offenlegung gegenüber der betroffenen Öffentlichkeit . . . . .	323
bb) Offenlegung gegenüber der allgemeinen Öffentlichkeit . . . . .	325
b) Zweckbindung . . . . .	327
aa) Offenlegung für die betroffene Öffentlichkeit . . . . .	327
bb) Offenlegung für die allgemeine Öffentlichkeit . . . . .	328
c) Zwischenfazit: Datenschutzrechtlicher Optionenraum . . . . .	329
2. Beeinträchtigung der Anstoßfunktion und Grundrechte der Einwender*innen . . . . .	330
3. Ausgestaltungsmöglichkeiten . . . . .	331
<b>III. Öffentlich zugängliche Livestreams im Erörterungstermin . . . . .</b>	<b>333</b>
1. Grundsatz der Nichtöffentlichkeit des Erörterungstermins (§ 73 Abs. 6 S. 6 i. V. m. § 68 Abs. 1 S. 1 VwVfG) . . . . .	336
a) Unzulässigkeit von Liveübertragungen de lege lata aufgrund des Grundsatzes der Nichtöffentlichkeit . . . . .	336
b) Verfassungsrechtliches Erfordernis der Nichtöffentlichkeit des Erörterungstermins? . . . . .	338
aa) Persönlichkeitsrechte der Einwender*innen . . . . .	339
bb) Grundrechtsschutz durch Verfahren . . . . .	340

c) Erforderliche Neubewertung des Ausgleichs von Informationsinteresse und Schutz von Termin und Beteiligten	342
2. Besondere Gefährdungen durch Bild- und Tonaufnahmen: Verfassungsrechtliche Anforderungen aus Verfahrens- und Persönlichkeitsrechten . . . . .	343
a) Übertragung der privaten Einwender*innen . . . . .	344
b) Übertragung der Äußerungen der Mitarbeiter*innen von Behörden, Vorhabenträger und Umweltverbänden . . . . .	348
3. Datenschutzrechtliche Beschränkungen von Livestreams . . . . .	350
4. Fazit: Livestreams im Erörterungstermin de lege ferenda . . . . .	355
 <i>§ 13 Realisierungsmöglichkeiten digitaler Öffentlichkeitsbeteiligung über ein einheitliches Planungsportal . . . . .</i>	357
A. Effektuierung digitaler Öffentlichkeitsbeteiligung durch eine einheitliche Portallösung . . . . .	357
I. Effektivitäts- und Effizienzvorteile eines föderal einheitlichen Planungsportals . . . . .	358
II. Gestaltungsanforderungen . . . . .	360
III. Organisatorische Ausformung des einheitlichen Planungsportals	363
B. Rechtliche Realisierungsmöglichkeiten eines einheitlichen Planungsportals . . . . .	364
I. Keine Bundeskompetenz für Schaffung und Betrieb eines einheitlichen Planungsportals aus Art. 91c Abs. 5 GG . . . . .	365
II. Vorgabe der Portalnutzung über Art. 84 f. GG nur für bestimmte Infrastrukturtypen . . . . .	368
III. Kooperative Umsetzungsformen . . . . .	369
1. Keine ‚freie‘ Bund-Länder-Kooperation aufgrund sachbeeinflussender Wirkung . . . . .	369
2. Institutionalisierte Kooperation über Art 91c Abs. 1, Abs. 2 GG	371
IV. Exkurs: Verfassungsreformdiskussionen . . . . .	372
C. Fazit: Perspektivische Realisierungsmöglichkeiten digitaler Öffentlichkeitsbeteiligung über ein einheitliches Planungsportal . . . . .	374
 Teil 6: Schluss . . . . .	375
 <i>§ 14 Zusammenfassung und Fazit . . . . .</i>	375
A. Problemkreise digitaler Öffentlichkeitsbeteiligung . . . . .	375
I. Transformation der Verfahrensstrukturen durch Digitalisierung . .	375
1. Ziele digitaler Öffentlichkeitsbeteiligung und rechtspolitische Konsequenzen . . . . .	376

2. Neue digitale Verfahrensformate und die mit ihrer Integration verbundenen rechtlichen Möglichkeiten und Herausforderungen	377
II. Ausschließlich digitale Verfahrensgestaltungen	
der Öffentlichkeitsbeteiligung . . . . .	381
1. Grenzen ausschließlich digitaler Verfahrensgestaltungen aus höherrangigem Recht . . . . .	381
2. Rein digitale Gestaltungen der einzelnen Verfahrensschritte . .	383
III. Rechtszersplitterung im Bereich der (digitalen)	
Öffentlichkeitsbeteiligung . . . . .	386
1. Abweichende Verfahrensgestaltungen in Fachplanungsgesetzen und VwVfG je nach Infrastrukturtyp . . . . .	386
2. Kompetenzverteilung zwischen Bund und Ländern als Faktor der Rechtszersplitterung . . . . .	388
3. Technische Gestaltungsvorgaben als besondere Kompetenzproblematik . . . . .	390
IV. Rechtspolitische Differenzierungen bei der Ersetzung	
traditioneller Verfahrensformate durch digitale Gestaltungen . . .	392
B. Vorgeschlagene Gesetzesänderungen . . . . .	394
C. Fazit und Ausblick . . . . .	397
 Literaturverzeichnis . . . . .	403
Sachverzeichnis . . . . .	429